

Forderungen aus den Arbeitsgruppen

1. Jüdischer Aufruf: Initiative Schalom 5767 Berliner Erklärung

„Wir fordern die deutsche Regierung auf, mit der Europäischen Union

- die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren,
- kurzfristig den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden,
- endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates anzustreben in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ostjerusalem mit voller Souveränität und freiem Verkehr.“

Was hindert die Politik, dies umzusetzen?

2. Ökumenisches Begleitprogramm in Palästina und Israel und Ziviler Friedensdienst

Forderungen an die Politik:

- 1) 1000 Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes im Einsatz statt 500.
- 2) Aufmerksamkeit für Erfahrungen von Friedensfachkräften durch Politiker/innen
- 3) Visa-Erleichterungen für Palästinenser/innen für Deutschland

Forderungen an die Gesellschaft:

- 1) Berichterstattung über Friedensdienste und israelische und palästinensische Friedensinitiativen
- 2) Bereitschaft und Offenheit, unsere besonderen Beziehungen zu Israel/Palästina in Frage zu stellen und die öffentliche Diskussion darüber zu befördern

3. Erfahrungen durch Reisen ins Heilige Land

Forderungen an die Politik:

Förderung von Tourismus nach Palästina; konkret: Kontakte mit der palästinensischen Tourismus-Ministerin Khouloud Daibes

Forderungen an die Gesellschaft:

- | keine Angst vor Reisen in die besetzten Gebiete!
- | Einheimischen begegnen!

4. Rüstungsexporte nach Nahost

- | Rüstungsexportbestimmungen von Deutschland und EU müssen auch für Israel gelten. „Staatsraison“ darf sie nicht unterwandern
- | Petition gegen Rüstungslieferungen nach Israel (Atom-U-Boote und Dingos) von IPPNW: Warum verzögert sich die Bearbeitung?
- | Verbot von Produktion, Lagerung und Export von Streuwaffen
- | Auflösung des Bundessicherheitsrates und öffentliche Debatte über Rüstungsexportgeschäfte

5. Produkte aus besetzten Gebieten

Forderungen an die Politik:

Wir fordern die Einhaltung der Kennzeichnungspflicht für Waren aus Israel gemäß dem EU-Assoziationsabkommen. Verbraucher/innen müssen erkennen können, ob Waren aus den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten stammen.

Forderungen an die Gesellschaft:

Wir fordern, Produkte aus Israel so lange nicht zu kaufen bis die Besatzung beendet ist.

6. Deutsche Kampagne: Weg mit der Mauer!

Forderungen an die Politik:

- | Das Geld an Israel einfrieren, solange die Mauer gebaut wird
- | Jeder deutsche Politiker/in sollte bei seinen Besuchen in Israel/Palästina durch die Mauer gehen.

Forderungen an die Gesellschaft:

Die Gesellschaft soll bereit sein, sich über die Mauer zu informieren, dass sie völkerrechtswidrig verläuft, Palästinenser einmauert und die Westbank so zerteilt, dass kein lebensfähiger Staat Palästina entstehen kann.

Bad Boll, den 13. Mai 2007